

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

98 (8.7.1846)

Die Landtagszeitung
besteht aus einem Abon-
nement von 150 Num-
mern und kostet 3 fl. 48 kr.
Durch die Post bezogen
4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem
nächstgelegenen Postamte,
in Karlsruhe bei Malsch
und Vogel, von welchem
das Blatt auch im Buch-
händlerwege zu beziehen
ist.

[Nr. 98 u. 99.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846.

[8. Juli]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Neunundzwanzigste öffentliche-Sitzung der II. Kammer.

(Schluß.)

Weller ist dem allgemeinen Plane nicht abhold, nur zweifelt er, ob es angemessen wäre, sich dem Texasvereine anzuschließen. Seine Mitglieder könnten ihre Unterthanen in der alten Welt bedeutend von Feudalkasten und lästigem Drucke erleichtern, wenn sie wollten. Zur Zeit, als der Adelsverein sich bildete, war Texas noch kein Mitglied der Union, und es schien, als wolle man die deutsche Einwanderung benutzen, um der amerikanischen das Gegengewicht zu halten und die Provinz für Mexiko zu erhalten, das nach gewissem Plane eine Monarchie werden sollte. Höchstens beruhe der Verein auf einer Speculation. Jetzt ist Texas nicht mehr das Land, welches jenen Herren nützen kann; sie werden daher bald ihre Hand zurückziehen. Will übrigens die Regierung im Allgemeinen etwas für die Auswanderung thun, so werde ich sie unterstützen.

Kapp erinnert an geheime Beschlüsse bei den Congressen in Aachen u. gegen die Freiheit der Union, so wie an die französischen Pläne, Mexiko unter einen Fürsten romanischen Stammes zu bringen. Die Vortheile von Texas für die Auswanderung sind groß, aber für Deutsche kaum zusagend. Die Küste ist ein Sumpfgürtel, im Innern drohen die Kämpfe mit den Indianern. Gefährlich ist der Adelsverein keineswegs. Den Geist, welcher die Deutschen zur Auswanderung treibt, hat der Abg. Christ richtig geschildert, wie die Geschichte lehrt; gehemmte Thätigkeit und Noth wecken ihn jetzt wieder lebhafter. Ein Israelite erwiderte einem bairischen Landrichter auf die Behauptung: er werde aus Amerika zurückkehren: — dies werde er thun, sobald Amerika bairisch werde. Leider sind die Deutschen nirgends geschützt im Auslande, wovon das Schicksal der Baiern in Griechenland ein Beispiel gibt. Die Bemerkung des Abg. Christ hinsichtlich der Donauländer ist ebenfalls richtig; die Colonisation dort würde die vortheilhafteste sein, aber die Politik verhindert dieselbe. Die Hauptsache bei der Aus-

wanderung bleibt allerdings die Erhaltung des nationalen Geistes, und dafür ist die Union der günstigste Punkt.

Geh. Rath Rebenius findet die Ursache der Auswanderung in dem Streben, sich da anzustedeln, wo der Mensch für seine Arbeitskraft den höchsten Lohn erwartet, derselbe Grund, der ihn veranlaßt, in dem nämlichen Lande von einem Orte zum andern überzustedeln. Der Hr. Redner entwickelt seine nationalökonomische Ansicht über die Güterquellen und die Vertheilung ihrer Früchte. In keinem Lande ist eine so zahlreiche unternehmungslustige ackerbauende Bevölkerung, wie in Deutschland; aber auch andere Völker, Spanier, Portugiesen, Iren, wandern aus. Die Richtung nach Texas will er nicht angreifen, denn die Verhältnisse sind ihm nicht genug bekannt. Dem Vereine liegen ohne Zweifel die besten und edelsten Absichten zu Grund, aber er findet dort nicht, wie in der Union, eine ursprünglich germanische Bevölkerung. In mehreren nordamerikanischen Staaten ist sie bereits vorherrschend, und es ist daher natürlich, daß unsere Landsleute dorthin vorzugsweise ziehen. Viele entschließen sich zur Wanderung, weil die Theilung ihres Besitzes unter die Kinder ihnen Besorgnisse einflößt. Eine allzu große Erleichterung der Auswanderung könnte bedenklich werden. Wollte die Regierung Land kaufen und in Loose theilen, so würden bald ungeheuere Strecken in den westlichen Staaten mit Deutschen bevölkert sein; ob dies aber in unserem Interesse liege, ist eine andere Frage. Dagegen ist es Sache der Regierung, in Verbindung mit andern dahin zu wirken, daß die Auswanderer vor Prellereien geschützt werden.

Gottschalk erkennt mehrere Ursachen zur Auswanderung, und verschiedene Klassen von Auswanderern. Glücksritter, von denen Mancher schon gebessert wurde, besorgte Familienväter, welche die Freiheit und das Wohl ihrer Kinder erhalten wollen; solche, die gern einer Nation angehören wollen, was auf unserem Boden nicht der Fall ist. Das Bestreben des Abg. Christ finde ich löblich, aber ich wünschte, man spräche mehr von Vereinen, die für die Wohlfahrt der Deutschen im Vaterland wirken. Ich finde sodann einen Widerspruch darin, daß der Abg. Christ im

Anfang sagte, die Auswanderung würde noch mehr zunehmen, wenn nicht durch das Ausbieten vieler Güter der Werth derselben sinken würde, und später behauptete, der Wohlstand sei im Zunehmen. Der Luxus ist ein Gebrechen der Zeit, aber er ernährt auch wieder viele Menschen; der steigende Güterpreis beruht auf dem Vertrauen, auf dem Frieden; kommt aber ein Ereigniß, so wird sich dieser hohe Werth nicht als ein wirklicher, sondern als ein idealer zeigen. Man sehe dagegen in die Pfandbücher, dort wird man sich überzeugen, daß der Wohlstand nicht steigt. Der Redner gehört nicht zu denen, welche die Auswanderung sehr befördern möchten; er würde lieber sehen, wenn die Leute hier blieben und mitwirkten, unsere Zustände zu bessern. Jedenfalls sollte man die Auswanderung nicht künstlich nach Texas leiten, sondern ihr den freien Lauf lassen. Zweckmäßig wäre, über die Zustände in Amerika zuverlässige Schriften zu verbreiten. (Geh. Rath Rebenius. Dies geschieht). Und dennoch werden die Auswanderer schon in den deutschen Häfen von den Emiffären der Spekulant in Empfang genommen und geprellt; von der Theilnahme daran sind nach verschiedenen Berichten wohl auch manche Consuln nicht frei.

Welcker hält die Sache für sehr wichtig, sowohl in der Beziehung, die öffentliche Meinung für Vereine zu stimmen, sodann bezüglich auf Regierungsmaßregeln. Den Abelsverein in Texas überläßt er der nordamerikanischen Freiheit; sie wird sich zu schützen wissen. Durch den Gedanken, daß man die Auswanderung nicht befördern sollte, darf man sich nicht abhalten lassen, die Auswanderer zu schützen, so lange die Zustände so sind, daß sie eine Menge Menschen zur Auswanderung nöthigen. Die meisten wissen nichts von den gelehrten entwickelten Ursachen; Verarmung des Mittelstandes, Verkümmern der Industrie, Unbehaglichkeit der politischen Zustände, das sind die naheliegenden Beweggründe. In den Jahren, wo Hoffnung auf Besserung vorhanden war, ist die Zahl der Auswanderer geringer gewesen. Wer ein freies Vaterland hat, verläßt es nicht gern. Sind aber unsere Zustände schuld an der Auswanderung, so haben wir die moralische Pflicht, sie zu schützen, und das politische Interesse, die Nationalität der Deutschen im fernen Lande zu erhalten. Würde die Hälfte der Zeit und Kraft, die auf Unterdrückungsmaßregeln verwendet wird, auf die Sorge für das Wohl der Auswanderer verwendet, so wären die Mittel bald bereit, es wäre schnell geholfen. Die Zollvereinsstaaten sollten gemeinschaftlich handeln; sie haben das nämliche Interesse, namentlich in Beziehung auf die Union. Der Redner wünscht, daß die Motion gedruckt und in den Abtheilungen berathen werde.

Legationsrath v. Kettner bemerkt, daß die Consuln angewiesen sind, den Auswanderern mit Rath und That an die Hand zu gehen und von Zeit zu Zeit Berichte einzusenden, aus denen schon zweckdienliche Notizen veröffentlicht worden sind. Der Regierung könne es nur erwünscht sein, die Ansicht der Kammer zu vernehmen; der Gegenstand selbst unterliege fortwährend ihrer sorgfältigen Erwägung. Schließlich bemerkt der Herr Redner, daß die preussischen Consuln angewiesen seien, sich auch der Interessen der Angehörigen anderer Zollvereinsstaaten anzunehmen.

Begelman schließt sich vollständig den Ansichten des Herrn Geh. Rath Rebenius an und stellt einen Antrag, welchen die Leser, vereinigt mit dem des Abg. Welcker, weiter unten als Beschluß finden. Am Schlusse seines Vortrags bemerkt der Redner: Nach den neuesten Nachrichten aus Texas hätten die Ansiedler dort zwei große Feinde: die Indianer und das Gallenfieber.

Buhl. Die Auswanderung ist eine Thatsache von höchster Bedeutung für ganz Deutschland. Die Ansichten, ob und wie man sie begünstigen oder erschweren soll, mögen verschieden sein. Wenn die Entwicklung der Industrie ein Dorn im Auge ist, wie manchen Mitgliedern des Texasvereins, der wird die Auswanderung begünstigen. Ich meinerseits will die Industrie und würde es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für einen Verrath am Vaterlande halten, wenn ich nicht durch das Mittel der Industrie seine Macht zu vermehren suchen würde. Dagegen will ich nicht, daß man Diejenigen, die sich entschlossen haben, das Vaterland zu verlassen, dem Unglück preis gebe. Insbesondere sollte man Vereinsconsuln aufstellen. Es sind nicht die Aermsten, es ist der kleinere Mittelstand, also ein conservatives Element, welches auswandert, und dies ist bedenklich. Die Landwirth wandern eben darum aus, weil ihre Söhne bei uns keine andere Beschäftigung finden, als auf den kleinen Theilen des Gutes, während sie in Amerika Arbeit in andern Zweigen, namentlich auch in der Industrie finden. Die unglückseligen politischen Zustände Deutschlands sind allerdings mit eine Hauptursache der Auswanderung und Mancher ist schon durch das rauhe Benehmen der Beamten veranlaßt worden, sich dem Zuge anzuschließen. Durch die Verbindung mit Amerika mittelst der Auswanderung kann für Deutschland großer Vortheil erwachsen.

Buss schließt sich denen an, welche wünschen, daß man die Auswanderung leite, und verbreitet sich ausführlich über die ökonomischen, moralischen und politischen Ursachen derselben, so wie über die Mittel, um zu helfen, wobei er

auf gegenseitige Versicherungsvereine (Assuranz) besondern Werth legt.

Die Kammer beschließt: „Die Regierung möge in Erwägung ziehen, wie auf die zweckmäßigste Weise die Auswanderer in Schutz genommen und gesichert werden können; sie möge zu diesem Zwecke mit den andern Regierungen der Zollvereinsstaaten in Verbindung treten, durch Aufstellung von Zollvereinsconsuln die Auswanderung sichern und über den Erfolg ihrer Erörterungen und Bemühungen der nächsten Kammer eine Vorlage machen.“

Fortsetzung der Diskussion über das Budget des Ministeriums des Innern. (Bericht von Bassermann).

Tit. IV. Forstpolizeidirection. Für Besoldungen, Gehalte, Bureauaufwand und Reisekosten werden gefordert und bewilligt 15,556 fl. Der Verwaltungsaufwand des Forstpersonals für die Geschäfte der Forstpolizei wird der Forstdomänenverwaltung, die ihn bestreitet, aus diesem Etat ersetzt und ist auf 86,804 fl. berechnet. Bei dem Budget des Finanzministeriums wird es sich zeigen, ob dieser Aufwand Aenderungen erleidet oder nicht; bis dahin wird die Bewilligung des Erfages ausgesetzt.

Arnspurger sucht nachzuweisen, daß die Reisekosten von den Budgetpositionen bisher nur wenig abgewichen seien, und ist mit dem Antrag der Commission einverstanden.

Tit. V. Sanitätscommission. Besoldungen, Gehalte, Bureauaufwand 6,740 fl. Angenommen.

Tit. VI. Generallandesarchiv. Besoldungen, Gehalte, Bureauaufwand und Miethzinse 12,990 fl. Angenommen.

Tit. VII. Kreisregierungen. Besoldungen, Gehalte, Bureauaufwand und Miethzinse 143,248 fl.

Auf dem vorigen Landtage hatte die Kammer in einer Adresse (14 Mai 1844) gebeten, die Regierung möge auf eine Vereinfachung der Geschäfte hinwirken, aus welcher die Möglichkeit hervorgehen werde, die Anzahl der Staatsstellen zu vermindern, deren Personal auf den früheren Stand zurückzuführen und damit der Staatskasse, ohne Nachtheil des Staatsdienstes, eben so erwünschte als in jetziger Zeit dringend gebotene Ersparnisse zu verschaffen. Die erste Kammer trat dieser Adresse nicht bei, sie gelangte also auch nicht an ihre Bestimmung.

Der Bericht verbreitet sich über die Mißstände des Kreisregierens und erwähnt der Gutachten sämmtlicher Kreisregierungen, so wie der Aemter und Amtsrevisorate aus drei Kreisen, welche von dem Ministerium über die Frage eingefordert wurden: „in welchen Geschäftszweigen der Verwaltungsstellen und in welcher Weise eine Vereinfachung der Geschäftsbehandlung ohne Nachtheil der Gründ-

lichkeit eintreten könne.“ Alle diese Gutachten bestätigen die Ueberzeugung der Kammer, fast alle klagen über eine erdrückende Schreiberei und weisen das Nutzlose und Schädliche davon mit solcher Uebereinstimmung nach, daß an der Wahrheit nicht gezweifelt werden kann. Es werden nun 28 Punkte hervorgehoben, welche auf die Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte wirken würden. Dahin gehören: Uebertragung der Polizeistrafgewalt, der nicht streitigen bürgerlichen Rechtspflege und der Rechtspolizei an die Gerichte, eine einfache Gewerbeordnung zur Beseitigung der zahlreichen Concessionsgesuche und Recurse, Verwaltung der Stiftungen durch einen gewählten Stiftungsrath, welcher einen Voranschlag aufzustellen und öffentlich Rechnung abzulegen hat, Uebertragung der Revision an die Amtsrevisorate und Verminderung der Superrevision; Revision der Gemeinderrechnungen durch eine von den Gemeindebehörden ernannte Commission und Beschränkung der Abhör von Amtswegen auf die Grundstockrechnungen; Unterlassung der Revision der Zunftrechnungen. Ferner könnte die Mitwirkung der Kreisregierungen zur Beaufsichtigung der Schulen unterbleiben, eine Menge Gegenstände, über welche dieselben zu entscheiden haben, könnte den Aemtern überlassen werden, viele Berichterstattungen (nach Verordnung vom 1. October 1840), die sogenannte Briefsträgeri, könnte aufhören, sodann eine Reihe von Berichten, Förmlichkeiten und Geschäften, welche der Bericht speciell auführt, dessen letzter Punkt lautet: „Wenn man zusammenrechnen könnte, wie viel Millionenmal die Worte: Wohlwöblich, Hochwöblich, Hochpreislich, Höchstpreislich u. s. w. geschrieben werden, so würde man auch in der Abschaffung dieser Beiwörter eine wesentliche Schreibverminderung erblicken. Auf diese Ausführung und auf die Betrachtung, daß Adressen an dem Widerstande der ersten Kammer scheitern, also ein anderer Weg zum Ziele eingeschlagen werden müsse, gründet der Berichterstatter den Antrag: vom 1. Juli 1847 an eine Kreisregierung aufzuheben und deshalb den Aufwand für die Kreisregierungen im Jahre 1846 zu bewilligen, für 1847 aber 48,416 fl. (nach einer speziellen Berechnung) abzuziehen. Am füglichsten könne die Regierung des Mittelrheinkreises aufgehoben werden, da die Eisenbahn die Entfernung zwischen Mannheim und Freiburg bedeutend verkürzt hat; die überflüssig werdenden Beamten könnten auf so lange pensionirt werden, bis die Regierung sie wieder passend zu verwenden vermag. — Die Mehrheit der Commission, überzeugt, daß die Vereinfachung der Geschäfte jetzt schon vorbereitet werden und gleichzeitig mit der Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, spätestens am 1. October 1847 in das Leben

treten könne, will für das Jahr 1847 nur 5,000 fl. abziehen, welche im letzten Quartal füglich zu ersparen wären, und der Regierung überlassen, die Ersparnis durch Aufhebung einer Kreisregierung oder durch Verminderung der Stellen an den bestehenden zu bewirken.

Der Antrag der Mehrheit geht sonach dahin, für 1846 143,248 fl., für 1847 138,248 fl. zu bewilligen.

Schmitt v. M. hat nicht die Beforgnis, als Redner in eigener Sache zu erscheinen, da die Beschäftigung bei der Kreisregierung neben manchem Angenehmen auch viel Unangenehmes habe, wozu auch mehrfach vernommene Auserungen in der Kammer über die Wirksamkeit dieser Stellen gehören.

Er ist auch kein Freund des Vielregierens, will dem Volke freie Entwicklung gönnen, glaubt aber doch nicht, daß der Vorschlag des Berichtstatters anzunehmen sei, da die Organisation nur mit Zustimmung der Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung geändert werden könne. Der Redner prüft nun die einzelnen Vorschläge zur Vereinfachung, welche theils nicht so rasch auszuführen sind, theils keine Berücksichtigung verdienen, theils bedeutende Vorarbeiten erfordern. Er hält die Kreisregierungen nicht für unumgänglich nöthig im Staatsorganismus, glaubt aber nicht, daß sie im Laufe der gegenwärtigen oder der folgenden Budgetperiode werden aufgehoben werden können. Die Aufhebung einer einzigen wäre kein großer Gewinn für das Land, denn die Erleichterung des Budgets würde durch Bekäftigung der Bürger, die nun weiter entfernt wären, ausgewogen. Will man die Competenz der Verwaltungsbeamten erweitern, so müssen sie zuerst eine mehr entsprechende Bildung für ihr eigentliches Geschäft erhalten. Er trägt auf Bewilligung der gesammten Forderung auch für 1847 an und wünscht, daß die Regierung ersucht werde, eine Verordnung für bessere Universitätsbildung der Verwaltungsbeamten für ihr Fach für das nächste Semester zu erlassen.

Der Präsident bemerkt, daß dieser Antrag zweckmäßiger bei dem Titel „Universitäten“ zu stellen wäre, worauf Schmitt denselben bis dahin zurück zieht.

Geh. Rath Nebelius entgegnet auf die Ausführung des Berichtes, worin verlangt werde, die Kammer solle auf indirectem Wege die Regierung zwingen, das zu thun, was sie wünsche: Dies sei nicht der rechte Weg zu einer Vereinbarung über organische Aenderungen; auf solche Weise lasse sich eine Regierung nicht zwingen; ein solches Verfahren würde jedenfalls nicht zu dem speciellen Ziele führen, welches der Berichtstatter im Auge habe. Wenn auch die Kreisregierungen dessen Vertrauen nicht besäßen,

so wisse Er (der Redner) doch das Gegentheil, bezüglich auf das Volk. Auch die Regierung wünsche die Vereinfachung der Geschäfte; aber man möge ermessen, welche Masse von Arbeit die Aenderung der Gerichtsverfassung und die Trennung der Justiz von der Verwaltung erfordere; im Laufe der Budgetperiode sei daher in dieser Sache nichts zu erwarten.

Trefurt fragt, ob die Budgetcommission für den Fall, daß die Vereinfachung im Laufe der Budgetperiode nicht möglich sei, die ganze Forderung bewilligen wolle.

Bassermann. Die Mehrheit hofft, daß die Regierung etwas thun werde, und da allgemein die Möglichkeit gegeben ist, so erwartet sie, daß etwas geschehen werde. Zwischen der angetragenen Bewilligung und dem Effectivetat sei ein so geringer Unterschied, daß jedenfalls die bewilligte Summe zureichen werde, wenn man etwas thun wolle.

Trefurt sieht darin eine neue Form statt der Adresse, geknüpft an eine Scheinverweigerung, woran er kein Vergnügen habe. Eine Vereinfachung der Geschäfte wünsche er übrigens dringend.

Blankenhorn führt aus, daß nach erhaltener Mittheilung die Vereinfachung der Verwaltung nicht vor Einführung der neuen Organisation, also nicht vor 1. October 1847 eintreten könne. Man habe daher den Abzug von 10,000 fl. auf 5,000 fl. gemindert, den man einhalten könne, wenn man wolle. Würde nachgewiesen, daß die Summe nicht vollständig gespart werden konnte, so werde er keinen Anstand nehmen, die Nachbewilligung zu erteilen.

Hecker bemerkt, daß der Termin vom 1. Juli 1847 für Trennung der Justiz von der Verwaltung in mehreren Vorlagen der Regierung angegeben sei und darauf hin Bewilligungen gefordert werden. Man sollte ihn daher auch für Vereinfachung der Verwaltung gelten lassen, oder die Kammer nicht irre leiten.

Ministerialrath Weizel entgegnet, daß die Vereinfachung der Verwaltung nicht gleichzeitig mit den Aenderungen bei der Justiz, wofür Gesetze vorliegen, eintreten könne.

Nachdem noch Geh. Rath Nebelius sich ausführlich über die Unmöglichkeit, in dieser Finanzperiode eine Aenderung zu treffen, geäußert, — bemerkt

v. Jzstein, daß jetzt noch eine geheime Sitzung, von 4 Uhr an Budgetcommission, um 6 Uhr auch noch Eisenbahncommission sei. Im Interesse der Geschäftsbehandlung möge daher die Sitzung geschlossen werden.

Mit allgemeiner Zustimmung wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Zur 28ten öffentlichen Sitzung vom 4. Juli.

Verhandlung über die Bundesverhältnisse.

(Fortsetzung.)

Staatsminister v. Dusch. Ich muß zuerst alles Verlegende, was vom Anfang keine bis zu Ende in der vernommenen Rede enthalten ist, zurückweisen. Diese Rede war von solcher Art, daß fast ununterbrochen der Ordnungsruf des Herrn Präsidenten hätte gehört werden müssen. Wenn Sie oft die Pressfreiheit, das Recht der freien Äußerung verlangt haben, war es doch nur unter der natürlichen Beschränkung, daß Sie auch die Gesetze, die bei jeder Pressfreiheit bestehen müssen, achten würden, und sie sind in dieser Rede nicht geachtet worden. Sie haben versichert, mit Mäßigung sprechen zu wollen, und auch so angefangen. Sie sind aber bald in bittere Vorwürfe, Tadel und Spott jeder Art übergegangen und haben endlich mit einer Appellation an alle Leidenschaften geschlossen, welche die Masse bewegen. Sie wollen die Freiheit. Nein, meine Herren, auf dem Wege, den Sie gehen, ist die Freiheit nicht, auf dem Wege liegt der andere Pol des Despotismus, der südliche kältere Pol der anarchischen Despotie. Die Straße der Freiheit geht mitten durch, zwischen beiden Polen. (Geh. Rath Bekk. Ganz wahr!) Meine Herren, wir wollen nicht zu den Leidenschaften reden. Wenn die Kammer richtig urtheilen will über das, was in der Welt geschieht, was gethan und was unterlassen wird, so müssen Sie einen höhern Standpunkt wählen, und die Minister fühlen sich keineswegs in der Verlegenheit, von der der Herr Abg. Welcker gesprochen hat, eben weil sie sich auf diesen höheren Standpunkt gestellt haben. Von diesem Standpunkte aus will ich die Rede des Herrn Abgeordneten mit einigen allgemeinen Betrachtungen und Beschwerden erwidern. Täuschen Sie sich nicht, die Welt kann überhaupt nur langsam aus gegebenen Zuständen fortschreiten, weil es in der wohlthätigen Einrichtung der Natur liegt, daß nicht bloß von einer Seite getrieben, sondern auch von der andern gehalten wird. Auch ist es ein vergebenes Beginnen, zu fordern, daß alle Staaten und Völker einander blindlings nachahmen sollen. Jeder hat andere Bedingungen seiner Existenz, seiner Entwicklung, der Eine schreitet langsamer, aber desto tiefer in seiner Entwicklung fort, der Andere hat eine schnellere Blüthe, aber die Entwicklung ist weniger tief, nicht so mannigfaltig, nicht so gegliedert. Bedenken Sie dabei, daß Ihren Ansichten und Wünschen, selbst wenn sie alle vollkommen begründet wären, andere hemmend wirkende Ansichten und Wünsche entgegenstehen, denen Sie Achtung zollen, denen Sie gebührende

Rechnung tragen müssen, wenn Sie auf eine wohlthätige Weise für Ihr Vaterland wirken wollen. Ihre Ueberzeugung mag sein, welche sie wolle, so haben Sie doch ein großes, ein unverantwortliches Unrecht begangen, welches darin besteht, daß Sie mit Fanatismus Ihre politische Schul-, Ihre Parteilansicht der ganzen Welt als das allein Beglückende aufbringen wollen, und Diejenigen, welche eine entgegengesetzte Ueberzeugung hegen, verdammen und verdächtigen. Sie haben Unrecht, daß Sie die Dauer einer Volksentwicklung nach der eines kurzen Menschenlebens bemessen, daß Sie der allmächtigen Zeit nicht Zeit lassen wollen, manches gefährlich Scheinende aufzuheben, manches unverföhnlich Scheinende zu versöhnen. Im Irrthum sind Sie besonders, wenn Sie glauben, es sei ein neuer, vorübergehender Kampf, in dem Sie begriffen sind und ein baldiger Sieg werde Sie das Ziel erreichen lassen. Es ist der uralte Kampf, der sich unter tausend Gestalten immer erneuert, indem die Streiter mit immer neuen Kräften wieder aufstehen, in dem wir Alle heute nur ein Moment bilden. Es ist der Kampf des Bestandes und des Fortschritts, des Erhaltens und der Entwicklung. Der Kampf, aus dem sich die ganze menschliche Geschichte bildet! eine blutige oder glückliche, je nachdem die Leidenschaft oder die Vernunft Gehör erhält. Ein voller Sieg kann hier nie erungen werden, weil beide Theile Recht haben, wenn sie Maß halten. In diesem Geist müssen auch alle Verfassungen aufgestellt und lebendig werden. Ihr großes Unrecht ist ferner, daß Sie alle Ihre Prinzipien einseitig auf die Spitze treiben und oft Waffen in dem Kampfe führen, wie eben heute, die nie dahin gehören. Geschieht dies und wird zuletzt auch die Leidenschaft der Masse in den Kampf gerufen, dann kann es nicht anders als zu einem verderblichen Zusammenstoß, zu großen Erschütterungen kommen, in denen die Ruhe und das Glück der Lebenden, auch noch der kommenden Geschlechter zu Grabe gehen, bis dann auf eine allgemeine Ermüdung und Erschöpfung zuletzt doch die nöthige Ausgleichung, oft aber nur in einer verkrüppelten Gestalt erscheint. Darum lassen Sie mich immer und immer wieder warnen, auch auf die Gefahr hin, daß Sie meine Worte eine Moralpredigt, eine Friedenspredigt nennen, lassen Sie mich warnen alle Diejenigen, die überhaupt Partei nehmen auf die eine oder die andere Seite, daß sie die Folgen wohl erwägen, im Kampfe selbst aber Mäßigung üben, vor Allem die Verdächtigung, dieses häßliche schleichende Gift, diese schlechteste aller Waffen verbannen, und die höhere Eintracht, die auch über dem Streit unser Aller Palladium sein muß, nie aus den Augen zu verlieren. Nennen Sie nun immerhin meine Worte

Worte des Justemilieu, ich habe nichts dagegen einzuwenden. In allen Zeiten schroffer Parteilung hat es Männer im öffentlichen Leben gegeben, die vom Parteigeist nicht geblendet, aber doch nicht minder von warmer Liebe für das Vaterland, für alles Gute und Schöne durchdrungen, ihre Stimme erhoben und ihre Bemühung dahin gerichtet haben, ein gemäßigtes, ein ausgleichendes System zu erhalten und dadurch den Frieden im Großen und Kleinen zu sichern, der eigentlich erst die Menschen zu Menschen werden läßt. Das ist aber eben die große Bedeutung, der wahre Sinn des so oft verkannnten neuen Wortes für eine alte Sache — zwischen zwei Unrechten das Rechte, zwischen zwei Extremen das Maß, zwischen zwei Unmöglichkeiten das Mögliche, Vernünftige in der Mitte. Es giebt Männer — ich rede nicht von Jünglingen, die Jugend mag immer übersprudeln in kühnen Hoffnungen und Lebensplänen; es ist ihre Natur, ihr Recht, nur soll sie nicht vor der Zeit übergreifen wollen ins wirkliche Leben, sie soll lernen, erfahren, reifen — aber ich sage, es giebt Männer von vorgerücktem reifem Alter, die mit allen Umständen und Einrichtungen, wie sie sich gebildet haben, unzufrieden, Alles mit Ungestüm umgestalten möchten; die an der Welt, wie sie ist, nichts Gutes finden, und es für ein Leichtes halten, allen Leuten den Kopf nach ihrer eigenen Meinung zurechtzusetzen, wo dann nach ihrer Meinung Alles sogleich aufs Beste eingerichtet wäre. Und doch sind diese Männer mit sich selbst zufrieden, ohne zu bedenken, daß sie ja selbst mit ihrem ganzen Wesen ein Produkt dieser alten Welt und Zustände sind. Solche Männer, deren Absichten ich nicht zu nahe trete, sollten wohl bedenken, daß das Werk der Verbesserung menschlicher Zustände ein Riesenwerk ist, an dem wir Alle nur wenig allmählig fördern, aber allerdings Vieles schnell verderben können. Eben weil die Welt nicht von heute ist, läßt sie sich nicht wie weiches Wachs nach den Gelüsten eines Jeden frisch umformen und modeln. Langsam und mühsam hat sie sich durch Jahrhunderte hindurch zu ihrem jetzigen Kulturzustande heraufgearbeitet und wollen Sie sich nun einbilden, wie jener Baccalaureus, daß es Ihnen allein vorbehalten sei, Glück, Bildung und wahre Freiheit auf ein Mal ganz gerüstet und fertig, wie eine Minerva aus Jupiters Haupte, in die Welt zu rufen? Nein, meine Herren, glauben Sie das nicht, glauben Sie nicht wie Hamlet, die Welt sei aus den Fugen und Sie seien dazu geboren, sie wieder einzurichten. Die Welt ist nicht aus den Fugen, sie ist sogar besser geworden als sie war, und wird hoffentlich noch lange zusammenhalten, wenn nicht Alle, die dazu berufen sind, durch Rath und That sie zu befestigen, daran rütteln und zerren. Käme sie aber je

aus ihren Fugen, dann, meine Herren, können Sie Ihre Mühe sparen. Das Schicksal wird dann die Sache für Sie übernehmen, wie für Hamlet.

Welcher. Der Herr Minister spricht von unverantwortlichem Unrecht, von Verlegungen, die ich begangen haben soll. Ich könnte das dem Herrn Präsidenten überlassen; er wird seine Pflicht zu handhaben wissen. Ich bin aber recht wohl überzeugt, daß ich nicht ein einziges vermessenes und unanständiges Wort vortrug; ich habe nicht einmal persönlich gesprochen. Der Herr Minister aber hat persönlich gesprochen. Er hat in Beziehung auf mich gesagt, ich sei ein durchaus und immer unzufriedener Mensch. Das ist nicht wahr. Ich bin nicht immer unzufrieden gewesen, ich war, wie meine Schriften bezeugen, in den Jahren 1815—1816 sehr zufrieden. Man hat mich damals immer einen Optimisten genannt, der zufrieden wäre mit den Zusicherungen, welche die Fürsten in der Bundesakte gemacht hatten. Der Herr Minister sagt ferner, ich sei ein Produkt meiner Zeit. Damit hat er ein sehr wahres Wort gesprochen. Meine Unzufriedenheit ist wahrlich ein Produkt der Zeit, wo man nicht Wort gehalten hat. (Stimmen: gut, gut!) Der Herr Minister hat gemeint, es wäre ein so entseßlich ungestümes Streben in Deutschland, immer vorwärts zu kommen. Der Herr Minister scheint sich nicht zu erinnern, daß wir bereits viel weiter waren, daß die Karlsbader Beschlüsse erst in der Reaktionszeit hintennach kamen, und daß dann ein Unrecht nach dem andern geschehen ist. Der Herr Minister sagt, es werde sich Alles langsam aber vorzüglich entwickeln. Ja, jene Krähe auf dem Kapitol zu Domitians Zeiten, als man glaubte, durch das Unrecht des Tyrannen würde Rom zuletzt untergehen, rief auf das Gebot des Machthabers: Es geht Alles gut — bald darauf kamen aber die Züge der Barbaren und nahmen das römische Land hinweg. Der Herr Minister hält sehr viel auf langsame Entwicklung; ich bitte ihn, sich zu erinnern, daß nicht Alles so langsam ging, wie man wünschte. Als die Reaktionszeit in Frankreich eintrat, ging es in 3 Tagen, in Belgien und Holland hat auch die Freiheit schnell und viel schneller als in einem Menschenalter gesiegt. Ich glaube nicht, daß ich weiter noch Etwas zu sprechen habe. Ich gönne der Freiheit des Wortes jede mögliche Ausdehnung. Der Herr Minister hat mich nicht verletzt; — möge Jeder prüfen, ob er mich widerlegte. Eine einzige Aeußerung muß ich ihm zugeben. Er hat gesagt, daß in meiner Rede Einiges ironisch sei. Nun, Ironie ist nicht absolut unparlamentarisch, und ich gestehe Ihnen, es ist meine innerste Ueberzeugung, wenn Sie sie auch unangenehm finden sollten; eine größere, eine herbere Satyre auf das deutsche National- und Rechts-

gefühl, Nationalehre, gesunden Menschenverstand und Regierungsweltweisheit, als die deutsche Ministerpolitik seit der Reaktionszeit, habe ich in meinem Leben nicht gesehen.

Geh. Rath Bekk. Der Herr Abg. Welcker hat mit großer Beredsamkeit die Gefühle dargestellt, welche ihn erfüllen. Ich glaube, daß es ihm Ernst ist, was ich an ihm able, ist nur, daß er die Lage nicht erkennt, in welcher er und wir Alle uns befinden. Er bildet sich an großen Beispielen großer Nationen. Ich gebe ihm das zu. Er liest französische und englische Parlamentsredner und meint nun, hier dieser Saal sei das englische Unterhaus oder die französische Deputirtenkammer, wo man in solcher Weise auftreten und alle widerstrebenden Elemente und Mächte herausfordern könne, ohne Gefahr zu laufen, selbst unterzugehen. Was er in seiner ersten Rede dargestellt hat, kann nach seiner eigenen Aeußerung uns, die badische Regierung, schlechthin nicht berühren — das wird Jeder, der seine Rede liest, selbst daraus ersehen. Was will er also mit dieser Rede? Er sitzt in keinem deutschen Parlament — er sitzt in einer badischen zweiten Kammer. Was kann also sein Pathos bezwecken? Es liegt darin nichts, als eine Appellation an die Masse — das ist die einzige mögliche Bedeutung seiner Rede. Ob das klug sei, das will ich allen Denen, welche den Frieden lieben, zur Erwägung überlassen. Er hat in seiner letzten Aeußerung auf Vorgänge in anderen Staaten hingewiesen, wo in wenigen Tagen ein grandioser Umschwung erfolgte. Man sieht, daß er es wünscht, ähnliche Vorgänge sollten auch bei uns stattfinden. (Welcker: Zu verhindern wünsche ich sie.) Ja, das ist ein schönes Mittel der Verhinderung, wenn man in solcher Weise, bloß seine eigenen Ideale im Auge, gegen alles Andere auftritt, ohne alle Rücksicht auf die Verhältnisse. (Welcker: Diese Ideale stehen in den Bundesgesetzen geschrieben.) Das ist wohl der schwächste Theil in der Rede des Herrn Abg. Welcker, wo er sich auf gegebene Verheißungen in der Bundesakte berufen hat. In all' den Bundesgesetzen steht kein Wort von dem, was er hier verlangt hat. Es ist nur schade, daß das Publikum, welches derartige Dinge anhört, diese Bundesgesetze nicht vor sich hat (Kapp: Proklamation von Kalisch!), sonst würde es mit einem Blick die Nichtigkeit aller solcher Vorwürfe einsehen. Man könnte diese Exaltationen sich selbst überlassen, man könnte sagen: Jeder möge beurtheilen, was daran ist, man könnte auch von dem optimistischen Gesichtspunkt ausgehen, den der Herr Abg. berührt hat, aber alles das kann man nur thun, wenn man mit blinden Augen einhergeht und die Gefahren nicht beachtet, die ein solches Treiben hervorrufft. Sie sprechen von der Geschichte

— wissen Sie denn, oder überlegen Sie nicht, was die Geschichte aller dieser Uebertreibungen uns gebracht hat? Sie sprechen von Ausnahmsgesetzen und schmähden Bund und die Großmächte. Sie greifen Beschlüsse und Maßregeln an, ohne zu bedenken, wodurch dieselben hervorgerufen wurden. Sie sind das einzige Element, aus dem sie hervorgingen. (Vogelmann: Besonders der Abg. Welcker!) Wer mit einiger Besonnenheit verfährt und nicht in den Tag hinein mit dem Kopf an die Wand rennt, muß bei ruhiger Ueberlegung einsehen, wie viel weiter wir sein könnten in unserer eigenen constitutionellen Entwicklung, in Beziehung auf alle Desiderien, welche hier von der Linken geltend gemacht werden, wenn nicht an diesem und an anderen Orten fortwährende Kämpfe, Angriffe und Schmähungen gegen Diejenigen vorkämen, welche die Macht in den Händen haben, solche Dinge zu bewilligen oder nicht zu bewilligen. Sie werden bei ruhiger Ueberlegung selbst einsehen, daß wir nur durch solche Uebertreibungen, nur durch das beständige Herausfordern der Großen und aller Rachegeister gehemmt wurden in unserer ruhigen fortschreitenden Entwicklung. Wenn Sie das nicht einsehen, meine Herren, so beruht das entweder auf einer gränzenlosen Ueberschätzung ihrer eigenen Kräfte, oder auf der Unterstellung, als seien Ihre Gegner, Diejenigen, die Sie befeinden, Götter, als hätten Sie nicht auch Leidenschaften wie Sie, und als könnte durch derartige Angriffe nicht auch eine Leidenschaft aufgeregt werden, welche Dinge hervorrufft, die Ihnen wenigstens unangenehm, wenn auch nicht Unrecht sind. — Auf die einzelnen Punkte, von denen der Herr Abgeordnete gesprochen hat, will ich mich nicht einlassen, das würde zu weit führen. Es ist ohnehin fast unmöglich, Alles das sich zu merken, was im Fluß einer solchen Rede vorgebracht worden ist. Ich muß aber nochmals — und das ist eigentlich das Einzige, warum ich mich erhoben habe — die seltsame Ansicht zurückweisen, als wenn man durch derartige Verunglimpfungen und Angriffe die Freiheit des deutschen Volks befördern könnte, statt daß man damit zur Unterdrückung führt, oder zu dem, was der Abg. Welcker zwar wünscht, was aber jeder Andere nicht wünscht.

Präsident. Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat mir einen Vorwurf gemacht, daß ich als Präsident nicht den Redner zur Ordnung gerufen habe. Ich weise diesen Vorwurf als ungerecht zurück. Wenn der Herr Regierungskommissär die §§. 23 und 24 der Geschäftsordnung liest, so wird er die beschränkten Befugnisse kennen, wie weit der Präsident, auch wenn er den Vortrag des Redners nicht billigen kann, mit seinem Ordnungsrufe gehen darf. Mein Gewissen ist mein Richter, nur diesem folge ich und frage nach keinem andern Richter. (Vielstimmiger Beifall).

Geh. Rath Bekk. Ich muß bitten, die Gallerien zum Schweigen zu bringen, oder sie räumen zu lassen!

Präsident (gegen die Gallerien). Die Kammer ist kein Schauspielhaus! Ich fordere Ruhe. — Wenn ich den Herrn Abg. Welcker nicht unterbrochen habe, so geschah es deshalb, weil ich in seiner Rede keine verlegenden Persönlichkeiten, noch solche Aeußerungen gefunden habe, die mich nach der Geschäftsordnung berechtigen, ihn zur Ordnung zu rufen. Der Präsident kann manche Rede beklagen, ohne zum Ordnungsrufe berechtigt zu sein. Aber ich habe auch darum ihn nicht unterbrochen, weil ich aus Erfahrung weiß, daß Unterbrechungen immer noch mehr Aufregung in dem Hause hervorbringen, die ich verhindern will, weil sie größeres Unheil herbeiführen. Der Herr Regierungskommissär hat dem Redner erwidert, die beiden Reden liegen vor und werden gewürdigt werden. Ich hoffe, daß das mahnende, und ich glaube mit Recht ernst mahnende Wort, welches der Herr Regierungskommissär gesprochen, seinen Zweck nicht verfehlen wird. Die Redner, die noch sprechen wollen, muß ich ermahnen, die Klugheit und die rechte Würdigung unserer Verhältnisse nicht aus dem Auge zu lassen, und auf jeden Fall nicht in einem Ton sich auszusprechen, der dem rechten Fortschritt und den wahren Interessen des Vaterlandes nur schädlich ist. Bitten darf ich Sie, mahnen darf ich Sie; ich habe aber nicht zur Ordnung gerufen, weil mich die Geschäftsordnung nicht ermächtigt.

Staatsminister v. Dusch. Ich bedaure, daß der Herr Präsident meiner Ansicht nicht ist, meine Ueberzeugung bleibt dieselbe.

Präsident. Ich wünsche, daß in einem gemäßigten Tone gesprochen, daß nicht Gegenstände hereingezogen werden, die wahrlich nicht herein gehören, kenne aber keinen Maßstab, um die Ironie bei einzelnen Worten eines Redners zu bemessen.

Geh. Rath Bekk. Wenn man bedenkt, in welcher crasser Weise der Herr Abg. Welcker, von der Absicht, die Freiheit der Völker zu unterdrücken, gesprochen hat, so sollte man glauben, es sei etwas Unmögliches, in der bloßen Verteidigung etwas Verlegendes gegen ihn zu finden, weil es in jedem Falle nicht der tausendste Theil von dem ist, was von ihm ausging.

Welcker. Ich hatte die Absicht, den Herrn Präsidenten zu bitten, daß er den Herrn Sprecher der Regierung zur Ordnung rufe, doch ich will aus Achtung, die ich gegen diesen Mann habe, davon absehen, will mich aber nur mit zwei Worten gegen den Vorwurf verteidigen, den er wiederholt ausgesprochen hat, als beabsichtige ich Revolution. Meine Herren, an dem einen Wort ermesen Sie wohl, auf welcher Seite die Leidenschaft ist. Ich habe bei meinen Freunden und mir keine Leidenschaft, weder innerlich noch äußerlich finden können. Ich überlasse überhaupt die ganze Rede des Herrn Regierungskommissärs der ruhigen Beurtheilung der Sachkundigen, diese werden dann sehen, daß ich nach den Bundesgesetzen, nach klaren Versprechungen und geschichtlichen Wahrheiten gesprochen habe. Ob ich die Absicht habe, damit zur Revolution aufzureizen, will ich der ruhigen Ueberzeugung des Herrn Sprechers selbst überlassen.

Hiezu als Beigabe die Motion des Abg. Hecker, über Unvereinbarkeit gewisser Aemter mit der Stellung eines Abgeordneten.

Er weiß so gut wie meine sämmtlichen Freunde, daß ich kein Freund der Revolution bin, daß ich, treu meinen Grundsätzen durch ein Menschenalter hindurch, keine Revolution wünsche. Aber wenn man mich fragt, ob, wenn auf diese Weise fortgefahren wird, Revolution kommen wird, so sage ich, als treuverpflichteter Unterthan meines Fürsten und als treuer Freund meines Landes: auf diesem Wege kann und darf nicht fortgefahren werden, oder es gibt Revolution, denn die Nation läßt sich nicht so sehr misachten. Ist es anders, so widerlegen Sie mich.

Präsident. Ich bitte den Hrn. Abg. Welcker, abzubrechen.

Geh. Bekk. Das Publikum, wenn es die Rede des Hrn. Abgeordneten liest, wird den Sinn herausfinden.

Kapp. Besonders wenn sie unzensurirt erscheint.

Präsident. Ich glaube, daß es im Interesse des Landes liegt, wenn wir die Diskussion jetzt abbrechen. Es ist meine innigste Ueberzeugung, daß der gewählte Gang der Diskussion dem Lande nicht förderlich ist.

Kapp. Ich verzichte nicht auf das Wort.

Zittel. Die Diskussion hat einen Gang genommen, von dem ich glaube, wir sind es dem Lande und unserer Pflicht schuldig, hier abzubrechen.

Präsident. Wenn Sie Ihr Vaterland lieben, so bitte ich, folgen Sie der Mahnung des Abg. Zittel.

Trefurt verzichtet auf das Wort.

Kapp erklärt nochmals, daß er nicht auf das Wort verzichte.

Der Präsident fragt die Kammer, ob sie zustimme, daß zur Tagesordnung übergegangen werde.

Die Mehrheit stimmt für den Uebergang zur Tagesordnung.

Hecker. Dem Berichterstatter werden Sie das Wort nicht nehmen können; das wäre gegen die Ordnung des Hauses. Meine Worte werden keinen Anlaß zu etwas Anderem, als zu einer Verständigung geben. Sie haben schon oft Gelegenheit gehabt zu bemerken, daß ich gerade in solchen Momenten, wo man wechselseitig in die größte Erbitterung gerieth, meine Ruhe bewahrt habe, und Kraft der Ordnung dieses Hauses und als Berichterstatter behaupte ich mein Recht auf das Wort.

Trefurt. Die gegenwärtige Diskussion ist kein Gegenstand des Berichts.

Geh. Rath Bekk. Ich habe die Ueberzeugung, daß der Herr Berichterstatter sich in seiner Rede mäßigen wird.

Welcker. Ich muß nochmals wirklich um einen Ordnungsruf bitten; der Hr. Geh. Rath Bekk hat mir zum zweitenmal eine bestimmte verbrecherische Gesinnung vorgeworfen. Er muß nach der Ordnung dieses Hauses zur Ordnung gerufen werden, oder ich verlasse diesen Saal, wenn man die Aengstlichkeit so weit treibt, einen Abgeordneten vor solchen Vorwürfen nicht zu schützen.

Präsident. Ich bitte den Herrn Berichterstatter zu sprechen; dann werde ich antworten. (Schluß folgt).

Nächste Sitzung. Freitag, 10. Juli. Diskussion über die Göttinger Wahl. Fortsetzung der Diskussion über das Budget des Ministeriums des Innern.